

N i e d e r s c h r i f t

**der 2. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 07.10.2004**

öffentlich

Ort: Begegnungszentrum für Ausländer und Deutsche
(ehemals VENAG Kaffeerösterei)
H.Franck-Str. 2
06112 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 19.15 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Thomas Godenrath		Stimmberechtigtes Mitglied
Frau Heike Wießner		"
Herr Hendrik Lange		"
Frau Ute Haupt		
Frau Gertrud Ewert		"
Frau Hanna Haupt		"
Frau Dr. Gesine Haerting		"
Frau Elke Schwabe		"
Frau Brigitte Thieme		"
Herr Leonhard Dölle		"
Herr Winfried Weber		"
Frau Antje Klotsch		"
Frau Bärbel Scheiner		"
Herr Uwe Kramer	entschuldigt	"
Frau Beate Gellert		"
Frau Renate Leonhard	entschuldigt	Beratendes Mitglied
Frau Stefanie Albrecht		"
Herr Helmut Becker		"
Herr Max Privorozki	entschuldigt	"
Herr Jörg Lau		"
Frau U. Müller		"
Herr Sarunski		"
Herr Herbert Jomrich	entschuldigt	"
Herr Lothar Rochau		"
Frau Susanne Schmotz		"
Frau Petra Schneutzer		"
Frau Dagmar Szabados		"

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Vorstellung des Geschäftsbereiches Soziales, Jugend und Gesundheit und des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie
- 4. Wahl des Unterausschusses der Jugendhilfeplanung
- 5. Vorstellung des BFZ Wirtschaftsschule Halle gGmbH im Zusammenhang mit dem Anerkennungsverfahren gemäss § 75 SGB VIII
- 6. Jahresbericht "Netzwerk gegen Drogen"
Berichterstattung: Frau Günther, Drogenbeauftragte der Stadt Halle (Saale)
- 7. Präsentation - Integrationsnetzwerk der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2004/04428
Berichterstattung: Frau Petra Schneutzer, Ausländerbeauftragte der Stadt Halle (Saale)
- 8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 9. Anfragen von Stadträten
- 10. Anregungen
- 11. Mitteilungen
der Verwaltung zum Stand Schulverweigerungsprojekte
u.a.

zu Kinder- und Jugendsprechstunde

Wortprotokoll:

Es waren **Jugendliche des Jugendclubs „Heide-Nord“** zur Fragestunde erschienen. Anliegen dieser Jugendlichen war es, deutlich zu machen, dass mit der beschlossenen Schließung des Jugendclubs und Verlagerung der Räume in das soziokulturelle Zentrum „Sonnenblume“ keine gleichwertigen Voraussetzungen auf Grund der Lage bzw. Beschaffung der angebotenen Räume dort für sie bestehen. Sie haben am Wochenende den angebotenen Raum für die Nutzung als offener Treff besichtigt und wiesen auf die negativen Auswirkungen dieses Raumes hin. Im gleichen Zusammenhang sprachen sie an, dass sie vor dem jetzigen Jugendclub eine große Freifläche haben, welche nicht unmittelbar an Wohnhäuser angrenzt. Diese Voraussetzungen bestehen am soziokulturellen Zentrum nicht mehr für sie. So dass Ärger im Sinne von Lärmbelästigung bereits vorprogrammiert ist, da die Wohnhäuser im unmittelbaren Umfeld angrenzend sind. Die Altersstruktur der Kinder und Jugendlichen beträgt 6 – 26 Jahre und es gab bisher ein sehr gutes Miteinander Aller. Sie baten darum, die Entscheidung der Schließung des bisherigen Jugendclubs zu überdenken und boten an, bei der Sanierung des Objektes tatkräftig unterstützen zu wollen.

Frau Szabados sprach an, dass die vorgebrachten Einwände nachvollziehbar sind. Dennoch verwies sie darauf, dass es sich bei beiden Einrichtungen um Häuser handelt, welche durch die Stadt finanziert werden. Diese zweifache Finanzierung ist auf Grund der Haushaltslage nicht mehr möglich. Der bisherige Jugendclub ist in einem sanierungsbedürftigen Zustand, was zusätzliche Kosten verursacht und die Betriebskosten müssen ebenfalls gesehen werden. Aber die Sorgen der Jugendlichen sind berechtigt und sie sicherte zu, dass sie damit nicht allein gelassen werden sondern man gemeinsam nach Lösungswegen suchen wird.

Herr Rochau verwies auf die nahezu idealen Voraussetzungen im soziokulturellem Zentrum, welches für alle Altersschichten zugänglich sein soll. Es gibt gesamtkonzeptionelle Überlegungen, welche abgesprochen und verändert werden müssen, um die Nutzung dieses Zentrums entsprechend voranzubringen. Kompromisse müssen gemeinsam gefunden werden und Verhandlungen mit allen Nutzern dieses Zentrums angestrebt werden.

Es wurde festgelegt, dass sich Vertreter des Jugendhilfeausschusses gemeinsam mit der Verwaltung zu einer Besichtigung der Räume treffen werden.

Als Vertreter des Jugendhilfeausschusses erklärten sich Frau Ute Haupt, Frau Schwabe, Frau Ewert und Herr Godenrath bereit. Der Gesprächstermin wurde für den 22.10.2004 um 9.00 Uhr abgesprochen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Wortprotokoll:

Frau Hanna Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit fest. Sie sprach an, dass heute im Begegnungszentrum für Ausländer und Deutsche getagt wird und der Einrichtungsleiter, Herr Laube, etwas zum Objekt sagen wird und er in der Pause für eine Besichtigung interessierten Mitgliedern zur Verfügung steht.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Wortprotokoll:

Frau Szabados sprach an, dass auf Grund von Nachfragen im Stadtrat zur Vorlage „Ersatzneubau Schnatterinchen“ diese Vorlage nochmals so verändert wurde, dass auch die letzten Fragen erklärbar werden. Diese veränderte Vorlage wurde in der heutigen Sitzung verteilt. Sie bat darum, wenn dazu noch Fragen auftauchen sollten, dass diese vor der Stadtratssitzung an die Verwaltung gestellt werden, um diese sofort klären zu können. Es ist wichtig, dass im Stadtrat hierfür ein Beschluss herbeigeführt wird, um weitere Schritte nicht zu gefährden. Sie verwies darauf, dass dies unter dem TOP Mitteilungen auf die Tagesordnung gehört, da sie aber einen Termin der Oberbürgermeisterin noch wahrnehmen wird, verlässt sie die Sitzung gleich und hat es deshalb jetzt angesprochen.

Frau Hanna Haupt fragte, ob die Tagesordnung in der jetzigen Form bestätigt ist, mit Aufnahme „Mitteilungen zum Stand Schnatterinchen“. Da es keine Widersprüche hierzu gab, wurde die Tagesordnung so bestätigt.

Frau Hanna Haupt erteilte Herrn Laube anschließend das Wort.

Herr Laube informierte über die Aufgaben, Ziele, Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden und die Zielgruppen des Begegnungszentrums für Ausländer und Deutsche.

zu 3 Vorstellung des Geschäftsbereiches Soziales, Jugend und Gesundheit und des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie

Wortprotokoll:

Frau Szabados stellte den Geschäftsbereich V, Soziales, Jugend und Gesundheit dem Ausschuss vor. Es wurde eine Übersicht dazu an alle Mitglieder verteilt. Sie verwies auf die Aufgaben der Fachbereiche 50 – Soziales -, FB 51 – Kinder, Jugend und Familie, FB 519 – Verwaltung Kita – und FB 51 – Gesundheit/Veterinärwesen. Zum FB 519 teilte sie mit, dass es einen Beschluss des Stadtrates zur Umwandlung in einen Eigenbetrieb gibt, welcher demnächst umgesetzt werden soll. Der hoheitliche Bereich wird dann dem FB 51 angegliedert werden.

Frau Szabados sprach an, welche Eigenbetriebe, Stiftungen und städtische Beteiligungen auch unter den GB V fallen. Sie erwähnte, in welchen Vorständen sie hierbei mitwirkt bzw. dass sie Vorsitzende der beiden Stiftungen ist. Weiterhin sprach sie an, welche Beauftragten/ Koordinatoren und Planer unmittelbar ihrem Bereich zugeordnet sind. Abschließend erwähnte sie, dass sich der FB 51 gesondert – im Zusammenhang mit Vorlagen und Berichten – in den nächsten Sitzungen vorstellen wird.

zu 4 Wahl des Unterausschusses der Jugendhilfeplanung

Wortprotokoll:

Frau Hanna Haupt sprach an, dass heute die Wahl des Unterausschusses Jugendhilfeplanung durchgeführt werden soll. Es gab durch Herrn Godenrath den Vorschlag, dass jede Fraktion ein Mitglied und Vertreter benennen soll, so dass insgesamt 5 Fraktionen vertreten sein würden. Die Träger der freien Jugendhilfe haben sich mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt und demzufolge 3 Mitglieder und Stellvertreter vorgeschlagen. So dass insgesamt 8 Vorschläge vorliegen und die 8 Mitglieder und deren Stellvertreter gewählt werden können.

Frau Hanna Haupt verlas die Vorschläge und fragte, ob alle mit einer offenen Wahl einverstanden sind. Da es keinen Widerspruch dazu gab, wurde in einer Offenen Wahl über die Mitglieder des Unterausschusses Jugendhilfeplanung abgestimmt.

Als Mitglieder wurden gewählt: Fraktionen: Thomas Godenrath, Ute Haupt, Hanna Haupt, Elke Schwabe, Brigitte Thieme und Steffen Kröner und Winfried Weber (LIGA), Uwe Kramer (Stadtjugendring).

Als Stellvertreter wurden gewählt: Fraktionen: Heike Wießner, Hendrik Lange, Gertrud Ewert, Dr. Gesine Haerting, Heinz Maluch und Leonhard Dölle und Bärbel Scheiner (LIGA) und Dorothee Fischer (Stadtjugendring).

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss wählt die Mitglieder und deren Stellvertreter für den Unterausschuss Jugendhilfeplanung.

Abstimmungsergebnis:

Alle vorgeschlagenen Personen wurden **einstimmig gewählt**.

**zu 5 Vorstellung des BFZ Wirtschaftsschule Halle gGmbH im
Zusammenhang mit
dem Anerkennungsverfahren gemäss § 75 SGB VIII**

Wortprotokoll:

Von der BFZ Wirtschaftsschule Halle gGmbH stellte sich **Herr Adam** vor. Er sprach an, dass sich die Schule seit 1991 auf dem Arbeitsmarkt in der Erwachsenenbildung aber auch Erstausbildung etabliert hat. Herr Adam ging näher auf die Ausbildungsmöglichkeiten ein und erwähnte auch die Zusammenarbeit mit verschiedenen Handwerkskammern, Verbänden und Vereinen als auch Schulen. Er benannte Schwerpunktaufgaben und –ziele in der Tätigkeit. Abschließend bat er um die Zustimmung des Antrages auf Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe.

Durch ein Ausschussmitglied (Fr. Träger) wurde gefragt, in welchen Netzwerken die Wirtschaftsschule eingebunden ist, insbesondere in Richtung Schule, Schulsozialarbeit.

Herr Adam antwortete, dass sie viele Kontakte zu Schulen, insbesondere auch Lernbehinderten Schulen haben. Ein sehr guter Kontakt besteht zur Lernbehinderten Schule am Jägerplatz.

Anfrage durch ein Ausschussmitglied (STR) , wie hoch die Vermittlungsquote bei ausgebildeten Jugendlichen ihrer Schule ist.

Herr Adam antwortete, dass die Vermittlungsquote entsprechend der Arbeitsmarktlage angepasst ist. Diese liegt bei ca. 60%. Als Bsp. führte er an, dass ausgebildete Maler und Lackierer, insbesondere auch Mädchen, in Baumärkten ihr Praktikum machen und teilweise dort anschließend übernommen werden konnten. Die „Durchfallquote“ bei Gesellenprüfungen ist an ihrer Schule im Vergleich relativ gering.

Anfrage durch ein Ausschussmitglied (Fr.Träger) ob über die normalen Arbeitskontakte zur Jugendgerichtshilfe hinaus eine begleitende andere Form der Jugendarbeit besteht.

Herr Adam antwortete, dass sie im Bereich der Jugendberufshilfe besonders tätig sind, insbesondere für benachteiligte Jugendliche. Die Wirtschaftsschule pflegt engen Kontakt zum Elternhaus der Jugendlichen und unterbreitet auch Freizeitangebote.

Anfrage durch ein Ausschussmitglied (Fr. Träger), wer Gesellschafter der gGmbH ist.

Herr Adam teilte mit, dass es sich hierbei um einen Bildungsträger handelt.

Da es keine weiteren Anfragen gab bedankte sich **Frau Hanna Haupt** bei Herrn Adam für dessen Ausführungen.

zu 6 Jahresbericht "Netzwerk gegen Drogen"
Berichterstattung: Frau Günther, Drogenbeauftragte der Stadt Halle
(Saale)

Wortprotokoll:

Frau Günther stellte den Jahresbericht „Netzwerk gegen Drogen“ vor. Sie erklärte kurz die Zusammensetzung und Wirksamkeit des Koordinierungskreises für die neuen Ausschussmitglieder. Frau Günther ging auf statistisches Zahlenmaterial, welches dem Bericht anhängt, ein und verwies insbesondere auf die Süchte Nikotin und Alkohol, wobei hier das Klientel immer jünger wird. Sie verwies auf die Dienstvereinbarung zum Umgang mit psychoaktiven Substanzen am Arbeitsplatz, wo es fachbereichsbezogene Weiterbildungen geben wird. Die Verwaltungsvorschrift zum Nichtraucherschutz in der Stadtverwaltung wurde bisher noch nicht umgesetzt. Positive Veränderungen in der Zusammenarbeit mit dem Bereich Schule konnten nach der Umstrukturierung im Landesverwaltungsamt in diesem Bereich festgestellt werden. Es gibt dort feste Ansprechpartner und die Ergebnisse der Gespräche sind verlässlich. Unterstützung wird hierbei durch den Leiter des Bereiches Schulen, Herrn Riethmüller, gegeben. Sie verwies auf die im November stattfindenden zwei Tage im Cinemaxx zum Thema „Nikotin und Alkohol“, wozu an alle Schulen Einladungen gingen. Unbefriedigend muss nach wie vor die Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium benannt werden. Es gibt keine Rechtssicherheit für Lehrer zur Handhabung im Umgang mit Nikotin und Alkohol an Schulen. Es wäre Aufgabe des Kultusministeriums hierzu Regelungen zu erlassen, um den Lehrern mehr Sicherheit zu geben, wie sie damit eigenverantwortlich umgehen können. Frau Günther verwies auch auf die Streichung von Stellen insbesondere auch in den Justizvollzugsanstalten, da sich die Justiz dieser Problematik selbst annehmen will.

Anfrage durch ein Ausschussmitglied (STR) wie die Suchtberatung in den JVA's in anderen Bundesländern gehandhabt wird und ob die Stellenstreichung so zulässig war.

Frau Günther antwortete, dass es keine Rechtssprechung dazu gibt, dass in den JVA's Suchtberatung angeboten werden muss. Eine Verpflichtung dazu gibt es erst nach der Entlassung der Suchtabhängigen. In der U-Haft erfolgt auch keine Beratung/Betreuung. Die Bundesländer handhaben dies unterschiedlich.

Anfrage durch ein Ausschussmitglied (STR), durch wen die Präventionsveranstaltungen/-koordinationen aus der Verwaltung an den Schulen usw. angeboten werden. Außerdem wurde gefragt, wie die Kombination Präventionsveranstaltungen Schule/Sport zustande kommen.

Frau Günther antwortete, dass hierfür die Suchtpräventionsfachkraft, Frau Heike Brink verantwortlich ist. Leider ist diese für längere Zeit jetzt erkrankt, so dass dies z.Zt. nicht erfolgen kann. Auf Grund einer Bitte eines Sportvereins wurden in diesem Bereich auch Präventionsveranstaltungen durchgeführt. Viele Trainer sehen ihre eigenen Probleme, auch mit Nikotin, nicht und verhalten sich dementsprechend. Ihr Einfluss auf Kinder und Jugendliche wird hierbei unterschätzt.

Anfrage durch ein Ausschussmitglied (STR) inwieweit hier Streetwork eine „Brückenfunktion“ hat und ob es auch Auswirkungen im Zusammenhang Hartz IV gibt. Außerdem wurde gefragt, ob es Projekte für Alkoholiker gibt, da diese doch oftmals die Beratungsstellen nicht aufsuchen.

Frau Günther antwortete, dass sich die Profile der Beratungsstellen verändern müssten, wenn es nicht Drogenstreetwork gäbe. Deren „Brückenfunktion“ macht sich bemerkbar. So fällt momentan auf, dass die AWO keinen Drogenstreetworker mehr hat. Frau Günther verwies auf die Pressekonferenz, welche Frau Szabados vor 2 Tagen im Zusammenhang mit Hartz IV gegeben hat. Suchtberatung soll über das SGB II abgedeckt werden, Drogenstreetwork wird nicht finanziert, soll wohl aber laut Aussage Herr Klein noch kommen. Zumindest gibt es Vorüberlegungen dazu im Ministerium. Stadtmission und AWO haben in der Beratung/Betreuung viele alkohol- und nikotinabhängige Jugendliche.

Anfrage durch ein Ausschussmitglied (Fr. Träger) wie die Zielsetzung zur Senkung des hohen Anteils jugendlicher Konsumenten bei Alkohol und Nikotin , insbesondere bei bis 12 – jährigen ist.

Frau Günther antwortete, dass die Kinder und Jugendlichen über die Schule und die Jugendfreizeiteinrichtungen zu erreichen sind. Die Beratungsstellen können nicht alle Probleme auffangen. Der präventive Ansatz ist aber vor allem im Erwachsenenbereich zu sehen. An erster Stelle sind die Medien und die Lehrer und Eltern gefragt. Eine Hilflosigkeit von Erwachsenen ist da, bzw. sehen diese ihre Vorbildwirkung nicht.

Anfrage durch ein Ausschussmitglied (skE), warum die geschaffenen Raucherinseln nicht einfach abgeschafft werden.

Frau Günther verwies darauf, dass dies schwer umzusetzen geht.

Anfrage durch ein Ausschussmitglied (STR) wie gegen das Alkoholproblem vorgegangen werden kann, auch in Bezug auf Ahndung von Ordnungswidrigkeiten, Sensibilisierung der Ordnungskräfte etc. Woran scheitert die Umsetzung der Verwaltungsvorschrift zum Nichtraucherschutz in der Stadtverwaltung.

Frau Günther verwies darauf, dass die Ordnungskräfte erst bei Gewalttätigkeiten einschreiten können und nicht allein auf der Tatsache, dass in der Öffentlichkeit getrunken wird. An öffentlichen Plätzen usw. finden bereits vermehrt Polizeistreifen statt. Zur Verwaltungsvorschrift verwies sie auf den Beschluss für eine entsprechende Dienstvereinbarung. Diese Vereinbarung liegt seit Dezember 2003 vor, wurde aber noch nicht unterschrieben, da noch nicht überall die Raucherinseln eingerichtet wurden. Laut Brandschutzordnung gibt es aber ein Verbot, dass in den Räumen im Ratshof nicht geraucht werden soll.

Herr van Rissenbeck verwies darauf, dass erst in allen Fachbereichen und Außenstellen der Stadtverwaltung geeignete Raucherecken eingerichtet werden müssen, was bisher noch nicht umsetzbar war. Erst wenn diese Gegebenheiten bestehen, kann auch die Dienstvereinbarung umgesetzt werden.

Anfrage durch ein Ausschussmitglied, welches Recht für wen übergeordnet ist, Raucher oder Nichtraucher.

Frau Günther antwortete, dass es seit 2002 eine Arbeitsstättenverordnung gibt, welche eindeutig dem Nichtraucher mehr Recht geben. Dessen Schutz ist vordergründig.

Es gab keine weiteren Anfragen.

Wortprotokoll:

Herr van Rissenbeck informierte darüber, dass die Verwaltung aufgrund eines Stadtratbeschlusses von 2002 gefordert war, ein Integrationsnetzwerk in der Stadt aufzubauen. Jetzt liegt dazu die Informationsvorlage vor. Diese Präsentation ist gleichzeitig als Bericht anzusehen.

Frau Schneutzer sprach an, dass gemeinsam mit dem Ausländerbeirat und den Kooperatoren dieses Netzwerk aufgebaut und diese Präsentation abgestimmt wurde. Hier wurden nur wesentliche Daten verwendet, wenn Interesse besteht, können die Statistiken direkt bei ihr abgefordert oder eingesehen werden. Sie machte nähere Ausführungen zur neuen Förderrichtlinie als auch dem Zustandekommen der vorliegenden Daten.

Anfrage durch ein Ausschussmitglied (STR) , ob dieser Bericht auch online vorliegt.

Frau Schneutzer antwortete, dass aktuell ab 2005 dies im Internet abrufbar sein soll.

Anfrage durch ein Ausschussmitglied (STR) zur auf S. 7 erwähnten „MigrantInnen aktiv“ erwähnten Öffnung von Strukturen usw. auf genannten Gebieten. Kann dies konkretisiert werden.

Frau Schneutzer antwortete, dass 6 Arbeitsgruppen bestehen, wovon jede einzelne sich zu einem Inhalt z.B. Kultur, Bildung, Sport bekennt. Zielstellungen sind da, dies benötigt aber noch etwas Zeit zur Umsetzung. Es wurde bewusst allgemein gehalten, im nächsten Bericht wird dies konkret dargestellt werden.

Anfrage durch ein Ausschussmitglied (STR) wann ein Bericht über die einzelnen Gruppen bzw. Stadtteile vorgelegt wird. Insbesondere in Neustadt sind ja vermehrt Ausländer wohnhaft.

Frau Schneutzer wies darauf hin, dass das Netzwerk erst 2004 gebildet wurde. Jetzt haben sich erst mal die 6 Arbeitsgruppen gebildet, welche bestimmte Inhalte und Ziele verfolgen wollen (sozialraumbezogene Situationsanalyse). Jährlich soll aktuell über die Situation dazu informiert werden. Sie informierte über das neue Zuwanderungsgesetz, die Ausländerbeschäftigungsverordnung und die Integrationskursverordnung.

Anfrage durch ein Ausschussmitglied (STR) inwieweit mit Wohnungsgesellschaften zusammengearbeitet wird.

Frau Schneutzer antwortete, dass es Dolmetscher gibt, die hier als Sprachmittler auftreten. Im Raum Neustadt ist dies ein Sprachmittler für arabische Räume, da hier besonders diese Ausländergruppe vertreten ist. In der Arbeitsgruppe wirken HWG und GWG eng mit. Es gab gute Erfahrungen durch die Einbeziehung von Sprachmittlern, dies wurde über Vereine und den Ausländerbeirat ermöglicht.

Durch ein Ausschussmitglied (Fr. Träger) wurde hervorgehoben, dass seit dem Wechsel des/der Ausländerbeauftragten sich einiges in der Stadt getan hat. Ein Lob an Frau Schneutzer und den Ausländerbeirat und das Netzwerk für diese Arbeit wurde geäußert.

Anfrage durch ein Ausschussmitglied(STR) zum Ausländertag und das dort stattfindende Fußballturnier.

Frau Schneutzer sprach an, dass dies bereits erfolgte. In diesem Jahr gemeinsam als Präventionstag gegen Drogen und Ausländertag. Sie verwies allerdings darauf, dass die Pressearbeit diesbezüglich zu kurz kam, da es auch eine personelle Veränderung im Eine-Welt-Haus gab und hier erst eine Einarbeitung erfolgen musste. Für nächstes Jahr soll die Pressearbeit verstärkt werden.

Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Wortprotokoll:

Es lagen keine Anträge vor.

zu 9 Anfragen von Stadträten

Wortprotokoll:

Es gab keine Anfragen.

zu 10 Anregungen

Wortprotokoll:

Herr Godenrath sprach an, ob die Möglichkeit besteht, dass auch die Stellvertreter alle Unterlagen für die Sitzungen erhalten können, um immer auf dem Laufenden sein zu können.

Herr van Rissenbeck verwies darauf, dass dies eine Kosten- und Personalfrage sei und so nicht umsetzbar. Es wird darum gebeten, dass die Unterlagen im Vertretungsfall vom Mitglied an den Stellvertreter gegeben werden. Angeboten wurde – wenn Interesse dafür besteht – dass die Stellvertreter die Einladung per Email durch Frau Kaupke erhalten können. Dann muss die Emailadresse des Stellvertreters an Frau Kaupke gegeben werden. Er verwies aber auch darauf, dass alle Geschäftsführer sämtliche Unterlagen der Sitzungen ebenfalls vorliegen haben.

Frau Ute Haupt fragte nach, ob die in der letzten Legislaturperiode geäußerte Einladung der Puppenspielerin Frau Gudrun Häfke an den Ausschuss angenommen werden kann, dass bei dieser eine Sitzung durchgeführt werden kann.

Die Verwaltung sicherte zu, dies abzusprechen und dann Frau Ute Haupt zu informieren.

Frau Dr. Haerting sprach an, dass auf der letzten Stadtteilkonferenz angesprochen wurde, dass die auf Spielplätzen teilweise installierten Drehscheiben abgebaut werden müssen, weil diese zu laut für die Umgebung sind. Sie wollte hierzu den Stand wissen.

Frau Wiesner wies darauf hin, dass diese Drehscheiben gerade beliebt bei Kindern sind und ein Abbau für sie nicht verständlich wäre.

Frau von Nievenheim sprach an, dass mit ZGM darüber gesprochen wurde und man gemeinsam sich das ansieht. In der nächsten Sitzung wird sie darüber informieren.

zu 11 Mitteilungen der Verwaltung zum Stand Schulverweigerungsprojekte

Wortprotokoll:

Frau Brederlow (Verwaltung) informierte über den Stand zum Schulverweigererprojekt. Sie verwies darauf, dass es derzeit 4 Projekte dazu gibt. Jugendwerkstatt Bauhof hat 1 Projekt, 2 Projekte laufen beim Internationalen Bund (IB) und 1 Projekt ist beim Clara-Zetkin e.V. angesiedelt. Anfang diesen Jahres wurden die Lehrerstunden durch das Kultusministerium reduziert, jetzt gab es die Information, dass diese erst mal weiterhin laufen können.

Frau Hanna Haupt sprach an, dass Frau Bürgermeisterin Szabados eingangs der Tagesordnung auf die veränderte Vorlage „Schnatterinchen“ hingewiesen hatte, welche heute verteilt wurde. Sie fragte an, ob es hierzu Fragen gibt. Da dies nicht der Fall war, ging sie zu weiteren Mitteilungen über.

Frau Hanna Haupt teilte mit, dass sich die Sitzungstermine November/Dezember verschoben haben, also nicht am 1. Donnerstag im Monat sind. Der vom 04.11. wurde vorverschoben auf den 28.10.04, Ort im Fachbereich, Schopenhauerstr. 4. Im Dezember verschob sich der Termin auf den 09.12., voraussichtl. Ort faz Halle, Geiststraße. Der Termin für die angedachte Sondersitzung November (statt bisher Klausurtagung jährlich) wurde jetzt auch abgestimmt. Die Sondersitzung soll am Donnerstag, dem 25. November von 15.00 – 19.00 Uhr, voraussichtlich im Stadthaus stattfinden. Es wird um die Vergabe Fördermittel gehen, die Prioritäten von Diensten und Einrichtungen in der Jugendhilfe wurden bereits im Mai/Juni d.J. besprochen.

Frau Hanna Haupt sprach an, dass sie in der letzten Sitzung um einen Vorschlag für den Anstaltsbeirat in der JVA gebeten hatte. Hierfür wurde von der PDS Herr Hendrik Lange vorgeschlagen.

Da es keine weiteren Mitteilungen gab beendete **Frau Hanna Haupt** den öffentlichen Teil der Sitzung und es wurde eine 20minütige Pause gemacht.

gez. Hanna Haupt
Ausschussvorsitzende

gez. Kaupke
Protokollantin